

Sächsisch-Deutsche Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt

für Wahrheit, Recht und Freiheit

Bezeichnet täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
 Ausgabe A: Mit der Zeit in Wort und Bild. Vierteljährlich
 2.10 M. In Dresden durch Boten 2.40 M. In ganz
 Deutschland per Post 2.50 M.
 Ausgabe B: Ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1.80 M. In
 Dresden durch Boten 2.10 M. In ganz Deutschland per Post
 2.20 M. — Einzel-Nr. 10 Pf. — Druckverlag: Nr. 2465.

Interessante werden die farbigen Belegblätter über ihren Raum mit
 15 J. Restanten mit 50 Pf. die Stelle berechnet, bei Wiederholungen
 entsprechenden Rabatt.

Redaktions-, Kassa- und Geschäftsstelle:
 Dresden, Bübner Straße 43. — Fernsprecher 1366
 Für Rückgabe unbenutzter, Schriftstücke keine Verbindlichkeit
 Redaktion: Expeditions: 11 — 12 Uhr.

Mutter Anna
Blutreinigungstee
 Altbewährtes Mittel zur Aufrischung des Blutes u. Reinigung
 der Säfte. Paket 1 M. Echt m. Schutzm. „Mutter Anna“
 Generalvertrieb: Königl. Hof-Apotheke, Dresden.

Die französischen Kolonien und ihr Einfluß auf den Weltfrieden.

Leipzig, den 7. März 1910.

In der richtigen Erkenntnis, daß ein großes Land wirtschaftlich unabhängig genug sein müsse, um notfalls die zur Fabrikation der unentbehrlichen Artikel notwendigen Rohstoffe selbst erzeugen zu können, richtete Ludwig XIV. sein Hauptaugenmerk auf den Erwerb von Kolonien, die ihn von anderen Ländern möglichst unabhängig machen sollten. Dieselben Kolonien aber, die zu einem gewaltigen Reiche wurden und zu großer Blüte gelangten, zerfielen bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts soweit, daß ihnen die Katastrophe von Trafalgar den Todesstoß versetzen konnte. Ganz natürlich, daß die des heimatländischen Schutzes beraubten Kolonien in der Luft hingen, nachdem die französische Flotte vom Meer verschwunden war und englische Schiffe Plag gemacht hatte.

Nach Beendigung der napoleonischen Kriege glaubten die Mächte, dem monarchischen Gedanken ein Opfer bringen zu müssen, indem sie wieder wertvolle Kolonien, die verloren gegangen waren, mit der Dynastie der Bourbonen verbanden. Und wieder war die Entwicklung, von kleinen Anfängen ausgehend, eine so vorzügliche, daß gar bald ein gewaltiger Strich Afrikas unter französischer Herrschaft stand. Trotzdem konnte das Geschenk der Mächte, das dem Ehrgeiz der Nation zugunsten der Dynastie ein Ziel setzen sollte, die kommenden Ereignisse nicht verhindern. Napoleon III. kam aus Ruher, der über seinen unerschütterlichen Glauben an eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Preußen die Kolonien vernachlässigte und der Vorkriegswirtschaft preisgab. In seiner trostlosen Verblendung ließ er sogar 1868 die günstige Gelegenheit unbenutzt, Tunis in seine Gewalt zu bekommen, das ihm gleichsam als überreife Frucht in den Schoß gefallen wäre. Er sammelte Kraft gegen Preußen und hatte keine Zeit und kein Geld für Tunis, das einem internationalen Schiedsgerichte übergeben wurde. In 340 Schlachten, die Tausende von armen Soldaten und Milliarden von Franken kosteten, mußten dann die Franzosen wenige Jahre später das mit Gewalt hofen, was ihnen vorher als Geschenk angeboten war.

Die französischen Kolonien waren nach dem 70er Kriege allmählich ungefähr wieder auf den Status gekommen, auf dem sie vor der Schlacht bei Trafalgar waren. Und wiederum waren es die Sieger, die Frankreich durch den kolonialen Räder von einem Ziele abzulenken suchten, das sich in dem Gedächtnis nach der „Revanche für Sedan“ verdrängte. Bismarck selbst war es, der die französischen Politiker immer wieder darauf hinwies, daß es außer Elsass-Lothringen Bestimmung gäbe, die leichter und sicherer zu erobern wären. Der Erfolg blieb nicht aus. Der Chauvinismus fühlte sich ab oder suchte und fand in den Kolonien ein geeignetes Objekt zur freien und für den Weltfrieden weniger gefährlichen Entfaltung. Ob allerdings Bismarck aus reiner Nächstenliebe gehandelt hat, als er den Franzosen ein so weites Feld zur Befriedigung ihres Ehrgeizes gewies, ist eine Frage für sich. Tatsache ist jedenfalls, daß er zwei Fliegen auf einmal geschlagen hat. Wenn die Franzosen Kolonien haben wollten, so brauchten sie eine starke Flotte. Ein Teil der Mittel und Mannschaften mußte also dem Landheer entzogen werden, wodurch Deutschland naturgemäß entlastet wurde. Außerdem erforderte in dieser französischen Flotte dem britischen Beherrscher der Meere ein Konkurrent, der mindestens in Verbindung mit einer zweiten und dritten Seemacht gefährlich werden konnte. Die Oberherrschaft zur See war also damit in Frage gestellt und Deutschland auf Kosten anderer Kombinationen weiter aus dem Bereiche der akuten, gefährlichen Verwickelungen gerückt.

Der Enderfolg hat die Berechnungen Bismarcks voll und ganz gerechtfertigt. Frankreich wurde England allmählich so un bequem, daß es den Hauptmann, der auf Faschoda die Trifolore geholt hatte, mit eifersüchtiger Willfür verjagte: „Oto-toi quo je m'y mette.“ Und Frankreich gab nach. Unbestreitbar ist die „Schmach von Faschoda“ die größte Niederlage, die Frankreich seit 1871 erlitten hat. Nicht um den Flecken Faschoda handelte es sich, als Frankreich sein Prestige für den Besitz desselben einsetzte, sondern um den Knoten, um den Ring, der Frankreichs Kolonien von Meer zu Meer, von Osten nach Westen quer durch Afrika schliessen sollte. Die Kette ist offen geblieben, weil der letzte Ring in den Besitz Englands ging, das ihn nicht sobald wieder freigeben wird.

Wahrscheinlich aber ist es der Gedanke an Faschoda gewesen, der uns 1905 vor einer blutigen Auseinandersetzung

bewahrte. Die Machenschaften Delcassés sind genügend bekannt. Sie hatten den Zweck, Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, der nach zwei Fronten zu führen gewesen wäre. Kowrier war es, der die Frankreich drohende Gefahr erkannte. Er sprach im Ministerrat die für alle Zeiten denkwürdigen Worte:

„Wer in aller Welt wird England hindern, seine imperialistischen Absichten rücksichtslos in die Tat umzusetzen, wenn Deutschland vernichtet am Boden liegt und Frankreich aus unzähligen Wunden blutet?“

Und ergänzend fügte er in einem „Temps“-Artikel hinzu:

„Eine große Nation darf niemals die Geschäfte für eine andere Nation besorgen.“

Delcassé blieb auf der Strecke und Kowrier ging als Sieger hervor. Die Rücksicht, die Frankreich auf seine Kolonien nehmen mußte, hat den Krieg verhindert.

Ob indessen die französischen Kolonien auch fernerhin als eine Garantie des Völkerfriedens angesehen werden dürfen, ist eine zweite Frage, deren Beantwortung von der Frage nach dem ferneren Schicksal der Kolonien abhängig sein wird. Wenn wir dem Gedanken folgen, daß eine Kolonie erst dann sicherer Besitz ist, wenn ein gewisser Prozentsatz der Bevölkerung aus Angehörigen der eigenen Nation besteht, so können wir den französischen Kolonien kein allzu günstiges Horoskop stellen. Frankreich besitzt nicht jenen überfließenden, überquellenden Strom von Menschenmaterial, der in der Heimat keine Aufnahme mehr findet und daher nach den Kolonien wandert, um dort ein zweites Mutterland erkennen zu lassen. Das konfessionelle Zweifelsystem hat vielmehr dahin geführt, daß die Statistik der Geburten und Sterbefälle ein immer ungünstigeres Bild zeigt, so ungünstig, daß bereits ernstliche Bedenken bezüglich der Rekrutierung der Armee entstehen, Bedenken, die sich bereits zu den absurdesten Plänen verdrückt haben. Einer dieser Pläne besteht darin, die schwarzen Völkerscharen in französische Garnisonen zu importieren, wodurch naturgemäß unabsehbare Folgen entstehen müßten. Nicht allein die Rassenvermischung würde eine tägliche Erziehung werden, sondern Frankreich wäre in seinem eigenen Lande, in seinem eigenen Besitzstande derart bedroht, daß seine Existenz in Frage gestellt würde. Wenn aber auch diese phantastischen Pläne nicht zur Wirklichkeit werden, so müssen wir uns doch fragen, ob es auf die Dauer möglich sein wird, daß ein Staat einen Komplex von Nationen und Völkerscharen rein militärisch unter seiner Oberherrschaft behalten kann, der viel, vielmal größer ist als er selbst. Und diese Frage kann nicht bejaht werden, wenn wir bedenken, daß mit der bei diesen wilden Völkern einziehenden Kultur gleichzeitig auch der Drang nach Freiheit und die Erkenntnis Eingang findet, daß im Grunde genommen Recht und Macht auf der eigenen Seite liegt. A. H.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte am Montag die Beratung des Marineetat's fort; die Debatte hatte keine besonderen Merkmale.

k. Berlin, Sitzung vom 7. März 1910.

Der Vertrag betr. die Gotthard-Eisenbahn wird nach kürzerer Debatte angenommen.

Es folgt die Weiterberatung des Marineetat's.
 Abg. Struwe (Freis. Ver.): Kaufmännische Grundzüge muß auch der Marineetat enthalten. Auch die Konventionen fordern jetzt größte Sparsamkeit. Die Angaben des Staatssekretärs sind nicht zuverlässig, wie es Redner an mehreren Stellen nachweist. Der Staatssekretär muß erklären, daß er eine Nachforschung nach Beamten, die mit Abgeordneten verkehren, nicht duldet. (Beifall.)

Staatssekretär v. Tirpitz gibt in einem Falle zu, daß er sich in der Budgetkommission geirrt habe. Nur jene Rezerdebudgeten bekommen Zulagen, die 24 Stunden im Dienst sind.

Abg. Freiherr v. Gump (Reichsp.): Mit Herrn Göße sollte man sich hier nicht beschäftigen; eine solche Ehre verdient er nicht. Graf Cypersdorff ist schuldig, wenn die Vangerplatten und Kanonen nicht heruntergehoben. (Heiterkeit!) Vangerplatten und Kanonen beschäftigen uns seit zwei Jahrzehnten. Krupp und Dillingen verständigten sich sehr bald über die Preise. Wenn der Reichstag ein drittes Wort haben will, dann stellt sich Thausen zur Verfügung; er ist ein guter Geschäftsmann. Krupp ist damit einverstanden, daß er auch billige Preise stellt, wenn ein anderer sie anleitet. Ist es richtig, daß wir uns ein Reichspangierplattenwerk beilegen? Gewiß nicht. Krupp hat die besten Kanonen verwendet und das beste Material; darum ist er teurer. Eine Reichsgeschäftsabteilung würde ich nicht. Die Rechnungskontrolle muß vereinfacht werden. Der Abtrieb an den Messingwerken ist nicht begründet; darum suchen wir die Vorlage wiederherzustellen. Unser Handel rechtfertigt die bestehende Flotte; auch die Sozialdemokraten sind bereit, an den Kosten der Flotte mitzutragen. (Beifall.)

Staatssekretär Tirpitz: Die Werften sollen gleichmäßig beschäftigt werden, soweit es die Flotte zuläßt. Wir wollen unser Personal selbst tüchtig ausbilden. Mit unserer Rüstungsbefähigung stehen wir nicht zurück. Die Tafelgelder stellen nur die freie Verfügung an Bord dar; aber dies ist in der ganzen Schifffahrt üblich. Das Bordleben ist teuer und unrationell; die Abstriche an den Tafelgeldern können nicht sofort in Kraft treten. An der geteilten Arbeitszeit auf den Werften halte ich fest.

Abg. Baffermann (natl.): Auch wir wünschen überall Sparsamkeit. Sehr erfreulich, daß der Abg. Erzberger mitteilte, daß das Zentrum nicht am Flottengesetz rütteln wolle. Auch wir stimmen dem zu. Die Auslandsschiffe sind draußen zu halten. Die englische Wahlagitation ist bezüglich Deutschlands falsch gewesen. Meine Freunde wollen nicht mehr wie früher das Tempo im Flottenbau beschleunigen. Die Finanzlage gestattet dies einfach nicht.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Kritik ist doch gestattet und man soll sie nicht unterdrücken. In der Budgetkommission kann es nicht genügend geschehen. Warum wird mit England nicht verhandelt wegen einer Verständigung über die Flottenrüstungen? Wenn wir solche vorschlagen, behandelt man uns wie eine feindliche Macht und sagt uns nicht die ganze Wahrheit. Im Auslande glaubt man daher unseren Diplomaten nicht mehr. Redner geht breit auf die Rede des Reichskanzlers ein. Wenn die bürgerlichen Parteien den Kampf nicht mitführen, gehen wir allein vor und werden siegen. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ein formeller Antrag auf Abklärung ist von England gestellt worden; das halte ich aufrecht.

Abg. v. Derggen (Nat.): Die Ausführungen Ledebours stehen mit dem Marineetat in keinem Zusammenhang. Wir bewilligen die Flotte nicht zu Angriffszwecken, sondern zu unserer Verteidigung.

Abg. Herzog (B. Ver.) wünscht Sparsamkeit in allen Teilen der Marineverwaltung. — Abg. Berner (Nat.): Die Beeilebung der Nation für die Flotte besteht fort. — Abg. Graf v. Cypersdorff (Ztr.) antwortet Freiherrn v. Gump. Er habe absichtlich die Vangerplattenangelegenheit im Plenum besprochen. Es ließe sich sehr leicht machen, daß das Reich gewisse Patente auskaufen würde und sie an alle Industriellen verteilen würde. Die Frage der Verständigung der Rüstung ist sehr notwendig. Man urteile nicht so wegwerfend darüber. Möge der Staatssekretär Abhilfe schaffen. (Beifall.)

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Leonhart und Struwe führt Abg. Erzberger (Ztr.) aus, daß es unmöglich sei, wenn in Romantischen nachgeforscht werde. Der Abtrieb an den Besoldungen sei gut begründet. Es Krupp wirklich die besten Kanonen liefert, wolle er nicht entscheiden. 1896 sei es allerdings anders gewesen. Konkurrenz sei unter allen Umständen geboten, damit sachgemäße Preise entstehen. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich auf Dienstag. — Schluß 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 8. März 1910.

— Im preuß. Abgeordnetenhause wurde am 7. d. M. der Etat des Handelsministeriums fortgesetzt. Die Debatte bewegte sich meist in Wiederholungen.

— Der neue Vertrag, betreffend die Gotthardbahn, der am 13. Oktober 1909 zwischen dem Deutschen Reich, Italien und der Schweiz abgeschlossen ist, ist dem Reichstage zur Beschlußfassung unterbreitet worden. In der dem Vertrage beigelegten Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß der Uebergang der Gotthardbahn aus dem Eigentum einer Privatgesellschaft in den Besitz der Schweizerischen Eidgenossenschaft eine Abänderung des seinerzeit abgeschlossenen internationalen Rechtsverhältnisses notwendig gemacht hat. In dem neuen Vertrage sind die in dem alten Vertrage enthaltenen Verpflichtungen hinsichtlich der Betriebsführung und der Tarife im wesentlichen beibehalten und in wichtigen Beziehungen auf das Gesehney der schweizerischen Eisenbahnen ausgedehnt worden. Insbesondere gilt letzteres von der bisher nur der Gotthardbahngesellschaft obliegenden Verpflichtung, den deutsch-italienischen Verkehr über den Gotthard in tariflicher Beziehung ebenso günstig zu behandeln, wie den Verkehr eines jeden anderen Bahnnetzes. Durch eine neue Bestimmung ist außerdem sicher gestellt worden, daß für den Gotthardverkehr keine höheren Tarife einbehalten werden dürfen, als auf den anderen bereits bestehenden oder noch zu bauenden Alpenübergängen. Die bisherige Höchstbegrenzung der Einheitsläge im Güterverkehr wird durch die Verpflichtung zur Nichterhöhung der jetzt tatsächlich in Geltung befindlichen niedrigeren Taren erhöht. Die Ansprüche auf Gewinnbeteiligung, die Deutschland und Italien zustand, werden von der Schweiz durch weitere Zugeständnisse auf tarifarischem Gebiete gelöst. Ferner verzichten die Bundesbahnen auf den bisher beibehaltenen Vorbehalt, die billigen Tarifsituation nur auf dem kürzesten Transportwege zur Verfügung zu stellen; sie gewähren diese Taren künftig für alle Uebergänge nach Deutschland. Weiter hat sich die Schweiz verpflichtet, die Beamten und Arbeiter deutscher und italienischer Staatsangehörigkeit, die in den Diensten der Gotthardbahn gestanden haben, in den Dienst der Bundesbahnen zu übernehmen, ohne ihnen die Verpflichtung zur Erwerbung der schweizerischen Staatsangehörigkeit aufzuerlegen. Endlich hat sich die Schweiz für den Fall der Elektrifizierung der Gotthardbahn verpflichtet, die Materiallieferungen auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibungen zu vergeben und damit die deutsche und italienische Industrie zum Wettbewerb zuzulassen. Bei den übrigen Materiallieferungen für das Gotthardbahnnetz soll die bisher von den schweizerischen Bundesbahnen beobachtete Praxis beibehalten werden, wonach im Submissionsverfahren Aufträge für Lieferungen auch an ausländische Unternehmer vergeben werden. Schließlich ist eine Schiedsabrede für den Fall vorgesehen, daß sich über die Auslegung oder die Abwendung einzelner Bestimmungen der Abmachungen Meinungsverschiedenheiten ergeben. Der neue Vertrag soll am 1. Mai 1910 in Wirksamkeit treten mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen vom 1. Mai 1909 rückwirkende Kraft haben sollen. Diese Bestimmung hat die Bedeutung, daß sich die Bundesstaaten schon vom 1. Mai 1909 an (dem Tage des Ueberganges der Gotthardbahn auf den Bund) an die Vorschriften der neuen Abmachungen für gebunden erachten.

— Die Unterzuchung gegen die sozialdemokratischen Lehrer in Bremen, die am Tage der Dienstentlassung des Lehrers Holzmeier das Glückwunschtelegramm an Bebel sandten, wird von der Schulbehörde jetzt mit aller Energie betrieben. Die Namen der 35 Lehrer, die mit dem Führer der Bremer Sozialdemokraten das Telegramm unter-